



Die Außenminister beraten unter anderem über die Krim-Krise: Frank-Walter Steinmeier (2. v. r., SPD), Laurent Fabius (l., Frankreich) und Radoslaw Sikorski (2. v. l., Polen) vor dem Goethe-Schiller-Denkmal am Deutschen Nationaltheater in Weimar mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) und Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf (r., SPD). Foto: Peter Michaelis

Engere Zusammenarbeit mit der Ukraine in Sicht

„Weimarer Dreieck“ vor Nato-Treffen – „Östliche Partnerschaften“ werden ausgebaut

Weimar/Berlin. (dpa) Deutschland, Frankreich und Polen wollen sich beim Nato-Außenministertreffen für eine engere Zusammenarbeit mit der Ukraine einsetzen. Zudem müsse die Nato den östlichen Bündnispartnern ihre Solidarität versichern und ihr Verhältnis zu Russland angesichts der Krim-Krise überprüfen und anpassen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister der drei Länder, die am Montag bei einem Treffen in Weimar veröffentlicht wurde.

Die Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Laurent Fabius (Frankreich) und Radoslaw Sikorski (Polen) kamen zu nächst in Berlin zusammen, um dann nach Weimar weiterzureisen. Dort wurden sie von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) empfangen.

In ihrer Erklärung setzten sich die Minister auch für eine Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn wie Ukraine, Georgien oder Moldau ein. „Das ist auch im Interesse Russlands“, heißt es in der Erklärung. Die Länder sollten aber nicht vor die Wahl gestellt werden, ob sie mit der EU oder Russland kooperieren wollen. Beides soll nebeneinander möglich sein.

Die „Östliche Partnerschaft“ der EU war 2009 ins Leben gerufen worden. Zu den angesprochenen Nachbarstaaten gehö-

ren auch die Ukraine, Weißrussland und Aserbaidschan. Mit Georgien und Moldau gibt es bereits Assoziierungsabkommen, mit der Ukraine wurde kürzlich ein erstes Teilabkommen unterzeichnet.

Die deutsch-französisch-polnischen Gespräche finden unmittelbar vor dem Nato-Außenministertreffen am Dienstag und Mittwoch in Brüssel statt. Steinmeier (SPD) warnte vor einer weiteren Zuspitzung der Ukraine-Krise. „Es kann nicht sein, dass wir im 21. Jahrhundert einen Rückweg gehen in einen Kalten Krieg“, sagte er. „Aber das eben ist auch noch nicht ausgeschlossen.“ Es gehe nun darum, eine neue Spaltung Euro-

pas zu verhindern. Den jüngsten Teilabzug der russischen Truppen von der ukrainischen Grenze nannte Steinmeier ein Entspannungssignal.

■ Gemälde kehrt nach Warschau zurück

Das Treffen in Berlin wurde auch genutzt, um Unrecht zu beenden. Deutschland hat nach 75 Jahren ein Gemälde an Polen zurückgegeben, das 1939 von den Nazis in Warschau gestohlen worden war. Der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski nahm das Bild „Palasttreppe“ des Rokoko-Malers Francesco Guardi (1712-1793) in Empfang. Gemeinsam mit seinem

deutschen Kollegen Frank-Walter Steinmeier sprach er von einem „Symbol gegenseitigen Vertrauens“. Um das Gemälde hatte es zwischen der Bundesrepublik und Polen lange Streit gegeben. Das kleinformatige Bild (32,8 mal 25,8 Zentimeter) zeigt eine Alltagsszene auf der Treppe des Dogenpalastes in Venedig aus dem 18. Jahrhundert. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs raubten die Nationalsozialisten die „Palasttreppe“ 1939 aus dem Nationalmuseum von Warschau. Angeblich war es für das „Führermuseum“ von Adolf Hitler gedacht, das in Linz entstehen sollte, aber nie zustande kam.

Über Stationen in Krakau und Schloss Seichau in Niederschlesien gelangte das Gemälde nach Kriegsende zunächst nach München und schließlich nach Heidelberg. An der Aufspürung war die Kunstschutz-Truppe der US-Armee beteiligt, deren Wirken kürzlich Grundlage für den Film „Monuments Men“ von George Clooney war. Das Bild hing dann jahrelang im Rektorat der Universität Heidelberg und lagerte dort im Museum, bevor 1998 seine Herkunft endgültig geklärt wurde. Seit 2000 wurde es in der Staatsgalerie Stuttgart aufbewahrt. Zunächst weigerten sich die deutschen Behörden jedoch, das Bild zurückzugeben. Künftig soll es nun wieder im Nationalmuseum Warschau hängen.

ZUR SACHE

Seit 1991 existent

Weimar. (dpa) Das „Weimarer Dreieck“ wurde 1991 bei einem Treffen der damaligen Außenminister Polens, Frankreichs und Deutschlands in der thüringischen Klassik-Stadt ins Leben gerufen. Das Gesprächs- und Konsultationsforum war als Instrument zur Annäherung Polens unter anderem an die Europäische Union (EU) gedacht. Heute geht es vor allem

darum, „ein Forum gleichberechtigter Partner im Zentrum Europas zu schaffen“, wie es beim Auswärtigen Amt heißt. Die Treffen sind nicht mehr nur auf die drei Außenminister beschränkt – so kommen auch die Staats- und Regierungschefs zusammen. Inzwischen gibt es immer mehr Aktivitäten über Städtepartnerschaften, Künstler und Jugendgruppen.

Beispielhaft: So wird die DDR aufgearbeitet

Jahn hat in Potsdam Nachwende-Bemühungen im Blick

Potsdam/Erfurt. (epd) Ein gelungenes Experiment – so sehen Experten Brandenburgs DDR-Enquete-Kommission. Nun müssten die Handlungsempfehlungen auch umgesetzt werden. Und andere Länder sollten die Nachwendezeit ebenfalls aufarbeiten, heißt es.

Die DDR-Aufarbeitung nach 1990 soll nach Auffassung von Experten nach Brandenburg auch in anderen Bundesländern auf den Prüfstand. Mit der Enquete-Kommission zur Nachwendezeit habe Brandenburg seine Chance zur „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ genutzt, dies stehe nun auch in anderen Ländern an, sagte der aus Jena stammende Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, jetzt in Potsdam. Der märkische Landtag befasst sich am morgigen Mittwoch in einer Plenardebatte mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission und ihren 80 Handlungsempfehlungen.

■ Thüringen ging konsequenter bei Stasi-Belastung vor

25 Jahre nach Fall der Mauer sei es an der Zeit, die Aufarbeitung allgemein kritisch unter die Lupe zu nehmen und zu überprüfen, was sich bewährt habe und was nicht, sagte die Geschäftsführerin des Bundesstiftung Aufarbeitung, Anna Kaminsky: „Das wünsche ich mir eigentlich für alle Länder.“ So seien Thüringen und Sachsen zwar konsequenter gegen Stasi-Belastungen im öffentlichen Dienst vorgegangen als Brandenburg. Nun müsse jedoch untersucht werden, ob der Weg auch erfolgreich gewesen ist.

Eine Kommission zur „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ habe es in der Form noch nicht gegeben, sagte Jens Gieseke, Leiter der Abteilung „Kommunismus



Beispiel Potsdam: Roland Jahn, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, würdigt die dortige Aufarbeitung. Foto: dpa

und Gesellschaft“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam: „Das Experiment ist gelungen.“ Positiv sei unter anderem die Empfehlung zur Offenlegung der Biografien der Abgeordneten. Dies sei auch anderen Landtagen zu empfehlen und sollte vom aktuellen Parlament in Potsdam noch nachgeholt werden.

Mit den Handlungsempfehlungen für die Zukunft habe die Enquete-Kommission ein „ehrgeiziges Programm“ vorgelegt, das nun auch umgesetzt werden müsse, betonte Jahn. Der Bericht sei eine „Absichtserklärung, die Substanz erhalten muss“. Dafür müsse das Land auch „Geld in die Hand nehmen“. Wichtig sei neben Landesmitteln für Schülerfahrten zu Gedenkstätten auch, die Kapazitäten der Landesbeauftragten Ulrike Poppe zur Betreuung von DDR-Opfern auszubauen.

Brandenburg müsse über die Handlungsempfehlungen hinausgehen, betonte Kaminsky. So stünde dem Land eine Bundesratsinitiative gut zu Gesicht, mit der Betroffenen die Beweislaster bei Gesundheitsschäden durch eine Verfolgung in der DDR genommen werde. Bran-

denburg sollte sich zudem dafür einsetzen, dass Verfolgte auch nach Ende der derzeitigen Regelung 2019 Entschädigungen bekommen können.

Auch die Gedenkstätten in Brandenburg müssten besser unterstützt werden, betonte Kaminsky. Zwar sei es nicht verkehrt, Landesmittel zur Sanierung des Wilhelm-Pieck-Denkmal in Guben zur Verfügung zu stellen. Die Prioritätensetzung sei jedoch fragwürdig, wenn zugleich Gedenkstätten wie in Mühlberg ohne Förderung durch das Land Brandenburg auskommen müssen. In anderen ostdeutschen Ländern würden Gedenkstätten besser finanziert

■ Es gibt weitere Aufgaben für die Beauftragten

Bei der Aufarbeitung der Vergangenheit müsse zudem künftig die Fixierung auf die Stasi vermieden werden, betonte Jahn. Dies empfiehlt auch die Enquete-Kommission, die ihre Arbeit nach fast vier Jahren im März beendet hat. Damit habe Brandenburg ein Zeichen gesetzt, das auch über das Land hinaus von Bedeutung sei, sagte Jahn. So werde in Sachsen-Anhalt und Sachsen inzwischen auch überlegt, die Aufgaben der bisherigen Stasi-Beauftragten zu erweitern. Thüringen ist der Landesbeauftragte mittlerweile für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zuständig.

Die Potsdamer Enquete-Kommission habe Defizite im Umgang mit der DDR-Vergangenheit klar benannt und die Bereitschaft zum Umdenken deutlich gemacht, sagte Jahn. Nachdem Brandenburg „eine gewisse Zeit die Vergangenheit bewusst verdrängt“ habe, sei damit „ein positives Signal für die Aufarbeitung“ auch in anderen Ländern gegeben worden.

Ein Ort des Gesprächs

Neue Pfarrerin für Garnisonkirchenkapelle studierte in Jena

Potsdam/Jena. (epd) Die Garnisonkirchenkapelle in Potsdam hat eine neue Pfarrerin. Die 58-jährige evangelische Theologin Cornelia Radeke-Engst übernimmt ihr neues Amt am heutigen Dienstag, teilte die Garnisonkirchen-Stiftung in Potsdam mit. Zu den Arbeitsschwerpunkten von Radeke-Engst zählen die Gestaltung des geistlichen Lebens an der temporären Kapelle sowie die seelsorgerliche und kommunikative Begleitung des Wiederaufbauprojekts. Ihren ersten Gottesdienst in der Kapelle hält die neue Pfarrerin am kommenden Samstagabend.

Sie wünsche sich für den Wiederaufbau der 1968 in der DDR als Kriegsruine abgerissenen Garnisonkirche das gleiche Engagement wie für den Wieder-

aufbau der Dresdner Frauenkirche, erklärte die gebürtige Dresdnerin, die einst in Jena, Berlin und Naumburg studiert hatte. Einwände gegen den Wiederaufbau in Potsdam müssten öffentlich diskutiert werden, betonte die Theologin. Auch was die historischen Fragen zum „Tag von Potsdam“ am 21. März 1953 angeht, würde sie die Diskussion gerne weiterführen. An dem Tag nutzten die Nazis die Kirche zur Inszenierung der Reichstagszeremonie.

Am „Tag von Potsdam“ seien vor dem Staatsakt in der Garnisonkirche auch andere Kirchen mit Gottesdiensten und „nicht zuletzt jubelnde Menschen“ beteiligt gewesen, betonte Radeke-Engst: „Gerade deshalb finde ich es wichtig, dass es einen Ort

gibt, an dem Menschen verschiedener Generationen darüber miteinander ins Gespräch kommen können.“ Der Blick in die Vergangenheit müsse weiter gefasst werden und dürfe nicht auf eine Sicht reduziert werden.

Stiftung und Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche freuten sich auf die Zusammenarbeit und die Fortsetzung der Friedens- und Versöhnungsarbeit, hieß es. Die Pfarrstelle wird zur Hälfte aus landeskirchlichen Mitteln der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz finanziert. Weitere 50 Prozent werden vom Kirchenkreis Potsdam, der Stiftung Garnisonkirche und der Fördergesellschaft zum Wiederaufbau getragen.

Im Einsatz für die Verkehrssicherheit

Landesverkehrswacht leistet viel im Ehrenamt

Erfurt. Im vergangenen Jahr wurden in Thüringen insgesamt 54 110 Verkehrsunfälle registriert. Das sind 2,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dabei ereigneten sich 6296 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen 8118 Personen verunglückten. Dies sind 562 Personen weniger als 2012. Es starben 122 Personen auf Thüringer Straßen, teilt die Landesverkehrswacht im Vorfeld ihrer Jahreshauptversammlung mit.

Insgesamt sei in der Verkehrsunfallstatistik ein positives Ergebnis zu verzeichnen, heißt es. Dies sei für die Landesverkehrswacht eine Bestätigung ihrer ehrenamtlichen Arbeit und zugleich Motivation in der Verkehrssicherheitsarbeit nicht nachzulassen. Denn: „122 Getö-

tete auf Thüringer Straßen sind 122 Tode zu viel“, so Geschäftsführerin Dagmar Lemke.

Die Landesverkehrswacht Thüringen und ihre etwa 1000 Mitglieder ermöglichen 2013 in Thüringen 1199 Veranstaltungen für 85 000 Teilnehmer. Dabei wurden etwa 25 300 ehrenamtliche Stunden aufgewendet. „Rücksicht und Sicherheit im Straßenverkehr sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Lemke. Die Landesverkehrswacht mit ihren Ortsverkehrswachten leiste dabei einen wesentlichen Beitrag.

Schon vor 90 Jahren gab es erste Verkehrswachten in Thüringen. In den 1920er und 1930er Jahren gab es erste Aktivitäten für mehr Verkehrssicherheit in Thüringen, heißt es.

Gutachter auf dem Prüfstand

Richter- und Staatsanwalttag in Weimar: Juristen fordern einheitliche Qualifikation bei ärztlicher Bewertung

■ Von Katrin Zeiß

Weimar. Ärztliche Gutachten in Strafprozessen können Gerichtsentscheidungen gravierend beeinflussen. Mit der Qualifikation der Gutachter befasst sich der an diesem Mittwoch in Weimar beginnende deutsche Richter- und Staatsanwalttag. Im Interview fordert der Verbandsvorsitzende Christoph Frank gesetzliche Mindeststandards.

Der Fall des jahrelang gegen seinen Willen in der Psychiatrie eingesperrten Nürnbergers Gustl Mollath hat gezeigt, welche Rolle medizinische Gutachten bei richterlichen Entscheidungen spielen können. Wie häufig ziehen Gerichte in Strafverfahren zur Urteilsfin-

dung ärztliche Expertisen heran?

Wir schätzen, dass das bei mehr als der Hälfte der Strafverfahren wegen schwerer Verbrechen wie Mord, Totschlag, Sexualstraftaten oder schwerer Gewaltdelikte der Fall sein dürfte.

Welche Erkenntnisse erhoffen sich Gerichte von medizinischen Gutachten?

Gutachter sind mit ihrem Spezialwissen und ihren Erfahrungen wichtige Gehilfen bei der rechtlichen Beurteilung durch Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Sehr häufig geht es um die Feststellung der Schuldfähigkeit und die Einschätzung, ob ein Angeklagter in der Lage ist, seine Handlungen zu steuern. Auch zur Beurteilung der

Glaubwürdigkeit von Angeklagten kann die Einschätzung durch Gutachter nötig sein.

■ Bisher fehlen Mindeststandards

Wer bestimmt eigentlich, wer Gutachter wird?

Gutachter werden durch das Gericht im einzelnen Verfahren ausgewählt. Für gewisse Arten von Gutachten sind Sachverständige öffentlich bestellt, wofür bei medizinischen Sachverhalten die Landesärztekammern oder Landespsychotherapeutenkammern zuständig sind.

Auch bei den Ärztekammern herrscht Föderalismus. Heißt das, dass jede Kammer unterschiedliche Standards für die Berechtigung von Medizinern

zur Tätigkeit als Gerichtsgutachter hat?

In der Tat gibt es keine bundesweit einheitlichen Mindeststandards, was aus Sicht des Richterbundes sehr unbefriedigend ist. Manche Kammern knüpfen die Bestellung von Sachverständigen an bestimmte Fortbildungsnachweise, andere nicht.

Deshalb hat der Deutsche Richterbund die Politik dazu aufgefordert, gesetzliche Mindeststandards für die Beurteilung der Qualifikation von Sachverständigen zu schaffen. Dies ist dringend erforderlich, um sicher zu stellen, dass die Brauchbarkeit eines Gutachtens nicht schon an der Qualifikation des Sachverständigen scheitert. So würde auch den Richtern eine gewisse Sicherheit für ihre Auswahl geboten.



Christoph Frank arbeitet als Oberstaatsanwalt in Freiburg. Im Präsidium des Richterbundes ist er neben Leitungsaufgaben auch zuständig für Grundsatzangelegenheiten und die Beziehungen zu Institutionen und Verbänden. Foto: dpa/Deutscher Richterbund